

Editorial

Wort des
Vorsitzenden

Schwerarbeiter-
regelung Pflege

Terminrückblick

Langzeitpflege

Fürsorge für andere

Ignoriertes Leiden

Streit um Pensions-
kosten

Wert der Alten

Papst Leo XIV.

Pendlerinitiative

Aktivitäten

Christliche
Soziallehre

Einen erholsamen Sommer
wünschen

Christian Gruber

Bundesvorsitzender der FCG vida

KR Friedrich Pörtl

Bundesgeschäftsführer der FCG vida

Bild von Marjon Besteman auf Pixabay



Editorial



Liebe Leser!

Die Sommerzeit hat in den letzten Jahren einen ganz besonderen Wert bekommen: Für ein paar Wochen scheinen die Sorgen um Gesundheit und gesellschaftliche Atmosphäre vergessen. Unbeschwerte Treffen im Familien- und Freundeskreis, genussvolle Zeiten mit Natur und Kultur, Urlaub und ausgelassener Lebensfreude füllen die Tage. Jetzt werden die Seelenakkus und Körperbatterien aufgeladen.

Vor Antritt des wohlverdienten Urlaubs beherrschen die täglichen Negativnachrichten, vor allem auch die erschreckend vielen Kriegsschauplätze unser tägliches Leben. Jetzt sind die Tage, in denen wir Begegnungen pflegen und das Beziehungsnetz stärken. In herausfordernden, kalten Tagen sind das die Ressourcen, die uns Gelassenheit, Freude und Zuversicht schenken können.

„Jetzt habe ich mir vorgenommen, jeden Tag drei Sachen zum Loben zu finden. Dies ist eine geistlich-politische Übung von hohem Gebrauchswert. Sie verbindet mich mit den Müttern und Vätern des Glaubens, desselben Kontraktes. Sie lehren mich sehen, auszumachen, was alles sehr gut ist...“ (Dorothee Sölle)

Ein echtes Ringen darum, wie der Welt zu begegnen ist, wie sie zu sehen und deuten ist, zeigt sich in poetischen Texten der großen evangelischen Theologin Dorothee Sölle (1929-2003). Die Bereitschaft, sich der Wirklichkeit radikal auszusetzen, liegt diesem Bemühen zugrunde. Und da gibt es viel Bedrückendes, gerade in einer Zeit, die sehr von Einschränkungen und Sorgen geprägt ist. Belastendes, Trauer oder Schmerzen, die die Tage schwer machen und nachts schlecht schlafen lassen. Umso notwendiger, sich bewusst vorzunehmen, „jeden Tag drei Sachen zum Loben zu finden“. Alles andere als eine Selbstverständlichkeit, sondern etwas, das es zu versuchen und zu trainieren gilt.

Dass Sie in diesem Sommer an allen Tagen „drei Sachen zum Loben“ auszumachen vermögen – mindestens! -, das wünsche ich Ihnen von Herzen.

Ihre

Vorsitzender FCG vida

Wertes

Gewerkschaftsmitglied!

Die Demokratie steht unter Beschuss - und zwar nicht nur irgendwo weit weg, sondern als greifbare Realität vor Ort. Rechtspopulistische und rechtsradikale Strömungen rütteln mit wachsender Intensität an den Säulen unserer demokratischen Grundordnung. Um dem entgegenzuwirken, ist eine aktive politische Beteiligung aller demokratisch gesinnten Bürger:innen umso wichtiger. Die Teilhabe am politischen Prozess ist nicht nur ein Recht, sondern auch eine gesellschaftliche Verantwortung.

Rechtspopulistische und fundamentale Strömungen nutzen Ängste, befeuern die Ausgrenzung ethnischer Gruppen und unterteilen Menschen letztlich in wertvolle und weniger wertvolle. Die Antwort auf diese Entwicklung besteht im aktiven Engagement.

Politische Beteiligung umfasst ein breites Spektrum an Aktivitäten. Wie Papst Johannes Paul II. in seinem nachsynodalen Apostolischen Schreiben *Christifideles laici* betont, haben „alle und jeder Einzelne die Pflicht und das Recht, sich an der Politik zu beteiligen“. Der politische Streit und die sachliche Auseinandersetzung über gesellschaftlich relevante Themen sind dabei von fundamentaler Bedeutung. Es ist wichtig, dass Bürger:innen sich für bestimmte Themen einsetzen und darüber diskutieren, dabei aber auch die Bereitschaft zum Kompromiss zeigen und damit ein Vorbild für lösungsorientierte Politik schaffen.

Papst Franziskus geht in seiner Enzyklika *Fratelli tutti* noch weiter und bezeichnet Politik als „eine der wertvollsten Formen der Nächstenliebe“. Er betont, dass individuelles karitatives Handeln zwar wichtig sei, aber erst die Verbindung mit anderen das Engagement für strukturelle Veränderungen zur „politischen Nächstenliebe“ führe.

In Zeiten, in denen rechtspopulistische Kräfte die Grundwerte unserer Gesellschaft infrage stellen, sind wir alle aufgerufen, uns aktiv für den Erhalt und die Stärkung der Demokratie einzusetzen.



Foto stefanjo.com

Christian Gruber

Bundvorsitzender der FCG vida

FCG vida begrüßt Schwerarbeiterregelung für Pflege



Erfreut zeigt sich der Bundesgeschäftsführer der FCG vida, Fritz Pörtl, über die angekündigte Aufnahme der Pflegeberufe in die Schwerarbeiterregelung. „Es ist höchst an der Zeit, diese Menschen zu entlasten und ihnen eine Perspektive zu geben“, so Pörtl. Ganz Österreich weiß, dass es einen großen Mangel an Pflegekräften gibt. Die meisten verlassen den Beruf nach sieben Jahren, wenn sie den enormen körperlichen und mentalen Belastungen nicht mehr standhalten. „Mit der Aussicht, früher und damit gesünder in Pension gehen zu können, könnten sich wieder mehr Menschen für diesen Beruf entscheiden“, ist Pörtl überzeugt.

Wichtiger Baustein gegen Pflegemangel

„Ein wichtiger und richtiger Schritt ist getan, um die Branche wieder attraktiver zu machen und dem Fachkräftemangel entgegen zu wirken“, so Pörtl. Das dürfe aber nicht das Ende sein, sondern viele Schritte müssten noch folgen. Daher begrüßt die FCG vida die Ankündigung, dass die Schwerarbeiterregelung gesamt begutachtet und gegebenenfalls adaptiert wird. Die demografischen Entwicklungen zeigen, dass die Pflegebranche eine Zukunftsbranche ist. „Wir tun gut daran, diese Menschen wertzuschätzen und ihnen eine Garantie zu geben, dass sie sich nicht kaputt machen, wenn sie Dienst an der Gesellschaft tun. Niemand darf zurück gelassen werden“, meint Pörtl abschließend.

Terminrückblick

13.03.2025	FCG vida Landesvorstand Tirol
24.03.2025	FCG-Behindertenvertrauenskonferenz
03.04.2025	FCG vida Bundesvorstand
04.-07.05.2025	leV-Kongress mit der FCG vida in Graz

Langzeitpflege als Marathonaufgabe

In Österreich sind mehrere Gebietskörperschaften für die Langzeitpflege zuständig. Liegen Geldleistungen wie zB das Pflegegeld im Kompetenzbereich des Bundes, sind für Sachleistungen insbesondere die Bundesländer zuständig. Gemeinden, Sozialhilfeverbände, meist gemeinnützig orientierte Anbieter:innen von Pflegedienstleistungen und weitere sind wesentliche Gestalter:innen der Langzeitpflege. Die Entscheidungs- und Finanzierungswege sind komplex. Hinzu kommen Nahtstellen mit dem Gesundheitssystem und eigenen Gestaltungsprinzipien, wie das System der Gesundheits- und Krankenkassen. Auch wenn durch 15a-Vereinbarungen zwischen Bund und Ländern und weitere Maßnahmen wie dem Pflegefonds versucht wird, eine gemeinsame Ausrichtung in der Langzeitpflege zu finden, zeigt sich nach wie vor eine sehr unterschiedliche Ausgestaltung je nach Bundesland. Die Länderunterschiede zeigen sich zB in der Angebotsstruktur und in divergierenden



Bild von PublicDomainPictures auf Pixabay

Qualitätsstandards wie zB bei den Personalvorgaben für die professionelle Pflege. Wie fordernd Pflegereformen auf Bundesebene angesichts der aktuellen Rechtslage sind, zeigt die aktuelle Bundesplegereform. Bei vielen Vorschlägen kam der Bund rasch an die eigenen Kompetenzgrenzen, es folgten zahlreiche Gespräche mit den Ländervertreter:innen und zeitgleich Projekte in einzelnen Bundesländern. Viele Maßnahmen wurden initiiert, die aus Sicht der Betroffenen und Beschäftigten erst den Beginn darstellen.

Pflegebedarf steigt

2023 bezogen in Österreich ca. 500.000 Menschen Pflegegeld. Anspruchsvoraussetzung dafür ist ein Pflegebedarf von mehr als 65 Stunden pro Monat. Die tatsächliche Zahl pflegebedürftiger Menschen ist tatsächlich noch höher. Nicht alle Menschen stellen einen Pflegegeldantrag, erreichen die 65 Stunden oder haben Bedarf, die sich im derzeitigen Pflegegeldsystem abbilden lassen. Eine halbe Million Menschen in Österreich ist gegenwärtig bei der täglichen Lebensführung auf Unterstützung angewiesen. Der Zugang zu Leistungen ist dabei meist an die PflegegeldEinstufung gekoppelt. Bereits jetzt kann der Pflege- und Betreuungsbedarf nicht mehr in der gewünschten Qualität gedeckt werden. Zuletzt hat die Covid-Pandemie aufgezeigt, wie fragil das System der Personenbetreuung ist. Während sich manche Akteur:innen für eine bessere Finanzierung einsetzen, kämpfen Betreuer:innen für faire Arbeitsbedingungen. Unklar ist, wie lange diese zu den derzeitigen Bedingungen noch nach Österreich kommen werden. Der Anteil von älteren Menschen in der Bevölkerung wird absolut und relativ stark ansteigen (Wifo 2024). Geänderte Familien- und Erwerbsstrukturen tragen dazu bei, dass Pflege in Zukunft verstärkt durch professionelle Dienste erfolgen wird.

Kolleg:innen gewinnen und halten

In keinem anderen Beruf waren psychische Belastungen in den vergangenen zehn Jahren höher als in der Pflege. 68 Prozent sagen, dass sie die hohe Verantwortung für Menschen belastet. Hinzu kommen neben Arbeitsdruck, Stress aufgrund von Personalmangel und Zeitdruck auch Konflikte mit Klient:innen und Angehörigen sowie steigende bürokratische und administrative Belastungen. Nicht mehr zeitgemäße Personalschlüssel und Abläufe führen bei vielen Kolleg:innen dazu, dass sie zweifeln, bis zur Pension im Beruf durchzuhalten. Deutlich gestiegen ist auch der Wunsch nach einem Jobausstieg bzw. -umstieg.

Angehörige als größte Pflegeanbieter:innen in Österreich

In Österreich gilt "mobil vor stationär". Rund 20 Prozent der Pflegegeldbezieher:innen leben derzeit in einer stationären Einrichtung der Langzeitpflege. Der Großteil lebt im eigenen Haushalt. Informelle Pflege, die Pflege und Betreuung durch An- und Zugehörige, ist dabei

die zentrale Form der Unterstützung. Knapp 40 Prozent der pflegenden Angehörigen erhalten dabei keine Unterstützung. Vorsichtigen Schätzungen zufolge gibt es in Österreich eine Million pflegende Angehörige. In Österreich wurden zahlreiche Unterstützungsangebote geschaffen, die pflegenden Angehörigen helfen sollen, wie zB Pflegekarenz und -geld, Angehörigenbonus, Selbst- und Weiterversicherung, Angehörigengespräche. Eine Studie zur Vereinbarkeit von Angehörigenpflege und Erwerbsarbeit zeigt jedoch deutlich: Die Angebote sind teils zu wenig bekannt, zu unflexibel, zu bürokratisch oder sie entlasten zu wenig in der fordernden Situation.



Bild von Mimi auf Pixabay

Folglich rutschen pflegende Angehörige aus dem Erwerbsleben und nicht selten in die (Alters-)Armut, verlieren soziale Kontakte und sind kränker als Menschen ohne Pflegeaufgaben. Sieben von zehn pflegenden Angehörigen sind Frauen. Pflegende Angehörige besser zu unterstützen und zu entlasten muss daher immer auch einen starken frauenpolitischen Fokus haben.

Pflege geht uns alle an

"Ein Marathon, bei dem man nie weiß, wann er endet...", so beschreibt eine pflegende Angehörige ihre derzeitige Situation. Diese Einschätzung ist zutreffend auf die Gesamtsituation. Durch die derzeitigen Reformen wurden erste wichtige Schritte gesetzt. Offen bleibt der Ausbau flexiblerer Angebote, eine bessere Vereinbarkeit von Angehörigenpflege und Beruf, Arbeitsbedingungen, die eine Arbeit bis zur Pension zulassen, Attraktivierung der Ausbildungen, transparente und verbindliche Qualitätsstandards für ganz Österreich und eine nachhaltige öffentliche Finanzierung. Ein Marathon lässt sich allein nicht schaffen, es braucht die Anstrengung aller.

aus: ZeitZeichen, Oktober 2024

Fürsorge für andere

Zu pflegen bzw. gepflegt zu werden ist eine herausfordernde Situation für beide Seiten - oft über viele Jahre hinweg. Die eigene Selbstständigkeit zu verlieren, auf Hilfe angewiesen zu sein, fremden Menschen vertrauen zu müssen, ist für einen, der nicht betroffen ist, schwer zu verstehen. Pflegebedürftigkeit führt zu einem empfindlichen Eingriff in die Intimsphäre der Betroffenen. Auf der anderen Seite bedeutet die Pflegetätigkeit, tagtäglich den körperlichen und geistigen Verfall eines Menschen zu begleiten - eine aufreibende, physisch und psychisch belastende Arbeit. Mit diesem lebensverändernden Einschnitt müssen sich immer mehr Menschen in unserem Land auseinandersetzen, ob sie wollen oder nicht. Schließlich hat die Statistik Austria errechnet, dass 2035 jeder/jede vierte Bürger:in über 65 Jahre sein wird. Damit wird auch die Zahl der pflegebedürftigen Personen steigen.

Ist die 24-Stunden-Betreuung die Lösung?

Sie kommen aus der Slowakei, Ungarn, Rumänien oder Polen: Frauen aus osteuropäischen Ländern, die in ihrer Heimat nicht genug verdienen und meist über Bekannte bei einer der zahlreichen Pflegevermittlungsagenturen landen. Von diesen werden sie in die 24-Stunden-Betreuung nach Österreich vermittelt. Die Mehrheit dieser Frauen sind selbst Mütter, die ihre schulpflichtigen Kinder bei den Großeltern zurücklassen müssen. Es sind aber auch Frauen, die zum Großteil kaum Pflegeerfahrung haben, aber eine Möglichkeit sehen, durch solche Tätigkeiten ihre Existenz zu verbessern bzw. zu sichern. Ihr hart erarbeitetes Geld müssen sie aber auch mit den vermittelnden Agenturen teilen und oft erschweren Sprachbarrieren die pflegerische Tätigkeit noch zusätzlich - und zwar für beide Seiten.

Entscheidend wird in Zukunft der Ausbau der mobilen Pflege sein, denn hier gibt es eine bessere Qualitätssicherung. Da hat man die Sicherheit, dass qualifizierte Pflegeassistent:innen oder Heimhilfen die Arbeit erledigen. Derzeit sind bis zu eine Million Österreicher:innen in eine Pflegetätigkeit involviert. Die Tätigkeit reicht vom Einkaufen bis zur Körperpflege. Die weitaus meiste Pflegearbeit lastet traditionell auf den Schultern von Ehefrauen, Töchtern und Schwiegertöchtern. Doch schon langsam hat sich die Ansicht durchgesetzt,

dass weder Pflege noch Betreuung so nebenbei ausgeübt werden können. Seit Jahren ist evident, dass es gravierender Änderungen im Pflegebereich bedarf. Die richtigen Reformen blieben bis dato aus, es gab lediglich kleine Reförmchen kosmetischer Natur.

Sinnvolle Tätigkeit

Wie sagte eine Pflegerin in meinem Bekanntenkreis so treffend: "Der Dank und die Anerkennung, die ich von der zu Pflegenden bekomme, ist unbezahlbar. Weiters können wir sehr viel von der älteren Generation lernen". Hier hat man das Gefühl, der Beruf ist zur Berufung geworden und diese Lichtblicke in diesem fordernden Beruf trösten kurz über die Pflegekrise hinweg.

Ingrid Pöhl

Ignoriertes Leiden: Berufsbedingte Bandscheibenerkrankungen

Silvia B. arbeitet seit zwanzig Jahren als Pflegeassistentin in der chirurgischen Abteilung eines Spitals. Die Pflege und Betreuung der Patient:innen in den ersten Tagen nach der Operation ist körperlich sehr belastend, besonders durch das oftmalige schwere Heben. Sie leidet unter starken Rückenschmerzen, die sich als mehrfacher Bandscheibenvorfall herausstellen. Obwohl die langjährige Tätigkeit als Pflegerin diese Erkrankung der Bandscheiben verursacht hat, wird sie in Österreich nicht als Berufskrankheit anerkannt. Würde sie in Deutschland arbeiten, wäre die Situation eine andere.



Bild von Annegret-Arlene * Bitte bei Foto-Nutzung ein Copyright: auf Pixabay

Der Vergleich zwischen Österreich und Deutschland

Ähnlich wie in Österreich sind anerkannte Berufskrankheiten in Deutschland in der Berufskrankheitenliste aufgezählt. Bei einer grundsätzlich vergleichbaren Arbeitswelt enthält die Liste in Deutschland aktuell 82 Positionen, jene

in Österreich nur 56. Besonders deutlich zeigt sich der Unterschied bei den Erkrankungen des Bewegungs- und Stützapparats. Während bandscheibenbedingte Erkrankungen der Hals- oder Lendenwirbelsäule in Deutschland bereits seit 1993 als Berufskrankheit anerkannt werden, gibt es in Österreich dafür keine Möglichkeit. Dabei ließen sich mit dem aktuellen Wissensstand und dem Vorbild Deutschlands klare, abgrenzbare Kriterien für eine Anerkennung bei betroffenen Berufsgruppen erarbeiten.

So wird etwa eine rund zehnjährige Tätigkeit mit Heben und Tragen schwerer Lasten als Anhaltspunkt für die arbeitsbedingte Belastung herangezogen. Für die Definition "schwere Lasten" und deren Einordnung für die einzelnen Berufe gibt es umfangreiche Empfehlungen und Richtwerte.

Was sind die Gründe für die unterschiedliche Vorgehensweise?

Anders als Österreich verfügt Deutschland über ein transparentes Prozedere zur Aktualisierung der Berufskrankheitenliste. Ein unabhängiger, qualifizierter Sachverständigenbeirat erarbeitet unter Berücksichtigung des aktuellen (medizinischen) Wissensstands Empfehlungen, die die Grundlage für die Überarbeitung bilden. Dadurch wird regelmäßig der wissenschaftliche Erkenntnisstand - sowohl zu bestehenden Berufskrankheiten als auch zu Krankheiten, die noch nicht als Berufskrankheit gelten - geprüft. Dieses Modell wäre auch für Österreich sinnvoll und mit einer gesetzlichen Änderung einfach umsetzbar.

Es braucht eine weitere Modernisierung der Berufskrankheitenliste durch die Aufnahme weiterer Erkrankungen und durch die Schaffung eines Sachverständigenbeirats. Für Silvia B., ihre Kolleg:innen und zahlreiche weitere Arbeitnehmer:innen wäre dies ein wichtiger Schritt für eine bessere Versorgung.

aus: gesundearbeit, Ausgabe 1/2025



Bild von jacqueline macou auf Pixabay

Eine Aufnahme in die Berufskrankheitenliste wäre ein wichtiger Schritt zur Verbesserung der Anerkennung des Pflegeberufes. Der Applaus während der Covid-Pandemie, der diesen Berufsstand begleitet hat, würde damit einen Nachhall erfahren.

Streit um Pensionskosten! 24% der Kosten sind „artfremd“

Pensionen, auch Ruhegehalt oder Rente genannt, sind ein regelmäßig ausbezahltes Einkommen, das als Altersversorgung dient. Heute beziehen alle ehemaligen Arbeitnehmer:innen eine Pension, die allerdings nicht den gleichen Berechnungsgrundlagen unterliegen.

Die Kosten für die Pensionen sind im Zuge der Budget-Erstellung – wie so oft – im Fokus. 32,9 Milliarden Euro gibt der Staat für die Zuschüsse in die gesetzliche Pensionsversicherung sowie für die Beamtenpension aus. In Wahrheit sind dies aber mit 25 Milliarden Euro um 24 Prozent weniger. Denn die Sozialleistungen: wie Ausgleichszulage, Wochengeld, Präsenzdiener usw. werden aus dem Pensionstopf bezahlt.

Dem Pensionssystem werden ständig neue Kosten aufgebürdet, jüngst etwa die Aufstockung der Ausgleichszulage um 35 Prozent. Beim Bundeszuschuss ins ASVG von 11,3 Milliarden Euro sind 2,7 Milliarden Euro „artfremde“ Sozialleistungen. Bei den Beamten (Zuschuss 10,1 Milliarden Euro) sind 2,4 Milliarden Euro großteils durch Eigenbeiträge der Pensionist:innen wieder hereingekommen.

Rechnet man all das korrekt heraus, so sind die Pensionen finanzierbar.

In Österreich leben derzeit rund 2,5 Millionen Pensionist:innen. Im Jahr 2045 werden das ca. 3,25 Millionen Bezieher:innen sein. Damit das Pensionssystem weiter funktionstüchtig bleibt, ist es notwendig, Maßnahmen zu setzen. Langfristig muss dafür die Erwerbsquote von Frauen und Älteren jedoch steigen!

Mit der gesetzlichen Verankerung eines Nachhaltigkeits-Mechanismus kann sichergestellt werden, dass Schritte zur Absicherung des Pensionssystems gesetzt werden können.

Karl-Heinz Eigentler

Sind die Alten nichts mehr wert?

Verfolgt man die täglichen Werbespots, so geht es nur um die "Jungen, Gesunden, Starke". Für mich richtet sich der Wert eines Menschen nicht nach der Zahl der Jahre, die vor oder hinter ihm liegen. Wie heißt es so schön im Grundgesetz: "Die Würde des Menschen ist unantastbar."

Gerade wir in Österreich müssten doch wissen:

Es gibt kein wertiges und unwertes Leben, es gibt nur DAS Leben. Und dieses Leben verdient Schutz. Vor allem macht mir Sorge, wo das Ganze hinführen könnte. Alle Menschen sind vor dem Gesetz und vor Gott gleich. Niemand darf benachteiligt werden, heißt es im Grundgesetz, sei es wegen seiner Abstammung, seines Geschlechts oder seiner Sprache. Von Alter steht in diesem Gesetz nichts. Trotzdem ist auch das relevant.

Denn der Wert eines Menschen bemisst sich nicht danach, ob er noch das Bruttosozialprodukt steigert oder sonst wie "nützlich" ist. In einer Gesellschaft, die auch Gemeinschaft ist, hat jeder seinen Platz. Und jeder seinen Wert. Die Alten bringen ihre Erfahrung ein, ihre Geduld, ihren Rat. Und die Jüngeren machen das, was die Alten auch gemacht haben, als sie jünger waren: Geld verdienen und Kinder großziehen.

Passend und zum Nachdenken der Text **"Ein bisschen Wärme"** von Mutter Teresa: *Eines Tages ging ich durch die Straßen Londons. Ich sah einen Mann, der zusammengekauert da saß, er schien einsam und verlassen. Als er mich bat, ich solle mich zu ihm niederbeugen, blieb ich stehen, nahm ihn bei der Hand, schüttelte sie und fragte ihn, wie es ihm gehe. Er blickte auf und sagte: "Nach langer Zeit spüre ich endlich wieder die Wärme einer menschlichen Hand, nach so langer Zeit..." Seine Augen leuchteten auf, und er setzte sich aufrecht hin. Schon dieses bisschen Wärme einer menschlichen Hand brachte Freude in sein Leben. Du musst das einmal erleben. Du musst deine Augen weit öffnen und ebenso handeln.*

Wie oft würden sich auch die Alten nach ein bisschen Wärme einer menschlichen Hand in der Familie, in den Pflegeheimen, in den Spitälern sehnen? So einfach könnten wir alle füreinander da sein. Voneinander lernen, aufeinander Rücksicht nehmen. Und wir sollten uns immer daran erinnern: Jede Gemeinschaft ist nur so stark wie ihr schwächstes Glied. *Ingrid Pörtl*

Papst Leo XIV.

Seit über 1000 Jahren wählen Päpste neue Namen. Robert Francis Prevost entschied sich für Leo (lateinisch für Löwe, italienisch: Leone). Leo steht für Stärke, Mut und Führungswillen. Bereits 13 Vorgänger wählten diesen Namen.

Prevost gab bekannt, er habe sich vor allem deshalb für den Namen entschieden, da Leo XIII. (1878-1903) die soziale Frage rund um die erste große industrielle Revolution mit der Enzyklika „Rerum novarum“ behandelt habe.

Die Enzyklika gilt als Wegweiser auf die

Verhältnisse der industriellen Revolution, der „neuen Dinge“ wurde eine Antwort auf die soziale Frage der Arbeiterschaft und den damals vorherrschenden Konflikt zwischen Arbeit und Kapital vorgeschlagen. Dies galt zugleich als Grundstein für die Christliche Soziallehre und die Entstehung christlicher Gewerkschaften weltweit. Seither erschienen mehrere Enzykliken, um die jeweils zeitgemäßen Verhältnisse der Gesellschaft im Sinne der Christlichen Soziallehre zu erläutern. Zentrale Elemente der ersten Sozialenzyklika „Rerum novarum“ waren das absolute Recht auf Privateigentum und die gerechte Gestaltung der Lohnverhältnisse, angemessene Lohnzahlung sowie menschenwürdige Arbeitsbedingungen. Im Grunde genommen Forderungen, die selbst nach so vielen Jahren mehr als aktuell sind und das Wertefundament der Fraktion Christlicher Gewerkschafter:innen darstellen.

Mit der Wahl des Namen LEO schlägt Papst Leo XIV. eine Brücke zwischen Vergangenheit und Gegenwart - zwischen dem sozialen Gewissen Leos XIII. und den Herausforderungen der Gegenwart.

Ingrid Pörtl

Walter Semlitsch ist neuer Obmann der steirischen Pendlerinitiative

Die Steirische Pendlerinitiative hat einen neuen Obmann: Walter Semlitsch übernimmt nach dem Rücktritt von Peter Amreich im April dieses Jahres die Leitung der Interessenvertretung für tausende Pendler:innen in der Steiermark. Semlitsch ist kein Unbekannter: Als Betriebsratsvorsitzender des Angestelltenbetriebsrates der Holding Graz-Linien, langjähriger Arbeiterkammerrat sowie Mitglied des AK-Verkehrsaus-

schusses bringt er umfassende Erfahrung im Bereich der Arbeitnehmervertretung und Verkehrspolitik mit. Auch innerhalb der Gewerkschaft vida ist der engagierte Arbeitnehmervertreter aktiv.



Der neue Obmann weiß aus eigener Erfahrung, was es heißt zu pendeln. Täglich legt Semlitsch den Weg von Wagna nach Graz zurück – 42 Kilometer, die er mit vielen steirischen Berufstätigen teilt. „Ich kenne die Herausforderungen, mit denen Pendler:innen

tagtäglich konfrontiert sind, aus erster Hand. Es ist mir ein großes Anliegen, ihre Stimme weiterhin kraftvoll zu vertreten“, so Semlitsch.

Bereits in der Vergangenheit hat sich der neue Obmann etwa mit seinem Eintreten für den dreispurigen Ausbau der A9 südlich von Graz als entschlossener Kämpfer für bessere Infrastruktur hervorgetan. Als bisheriger Obmann-Stellvertreter kennt er die Arbeit der Pendlerinitiative genau und wird deren Anliegen mit Nachdruck weiterverfolgen.

„Mit Walter Semlitsch haben wir einen versierten und engagierten Vertreter an der Spitze, der die Bedürfnisse der Pendler:innen nicht nur versteht, sondern auch konsequent vertritt. Wir wünschen ihm in dieser Funktion alles Gute“, so der FCG Bundesvorsitzende Christian Gruber.

FCG Landesverband NÖ

Am 19. Februar trafen die Mitglieder des FCG Landesverbandes NÖ in St. Pölten zusammen. Es wurde das neue Konzept für die künftige neue Servicierung der FCG Betriebsrät:innen präsentiert.



Landesvorstandssitzung FCG vida Tirol

Am 13. März trafen sich die Mitglieder des Landesverbandes der FCG vida Tirol zu einer Sitzung in Innsbruck.



Landesvorstandssitzung FCG vida NÖ

Am 18. März fand am Flughafen Schwechat eine Sitzung des Landesverbandes FCG vida NÖ statt. Der FCG Bundesvorsitzende Gruber und der FCG Bundesgeschäftsführer Pörtl waren ebenfalls anwesend.



Verabschiedung



Am 27. März wurde in Linz Brigitte Wimmer, FCG vida Landesvorsitzende von Oberösterreich, mit dem Goldenen Ehrenzeichen für ihre Verdienste verabschiedet. Der FCG Bundesvorsitzende Gruber und der FCG Bundesgeschäftsführer Pörtl dankten für den unermüdlichen Einsatz.

FCG vida Bundesvorstand

Am 3. April tagte der Bundesvorstand der FCG vida in Wien.



Landesvorstandssitzung FCG vida Wien

Am 10. April tagten die Mitglieder des Landesvorstandes der FCG vida Wien.



BAK Fraktionsvorstand



Am 24. April trat der Fraktionsvorstand der Bundesarbeitskammer in Innsbruck zusammen, um verdiente Funktionär:innen zu verabschieden. Es wurde für die langjährige Tätigkeit gedankt und für die Zukunft alles Gute gewünscht.

RAIKA

Am 9. Mai fand die RAIKA-Jahreshauptversammlung 2025 in Wien statt. Der FCG Bundesvorsitzende und der FCG Bundesgeschäftsführer waren als Delegierte eingeladen.



Demo

Am 12. Mai fand in Innsbruck ein Protestmarsch mit 1000 Teilnehmer:innen statt. Grund war der Personalmangel in der Pflege und die unterschiedlichen Vergütungssysteme der Tirol Kliniken. Mit dabei auch unsere FCG vida Betriebsrät:innen.



Abschied

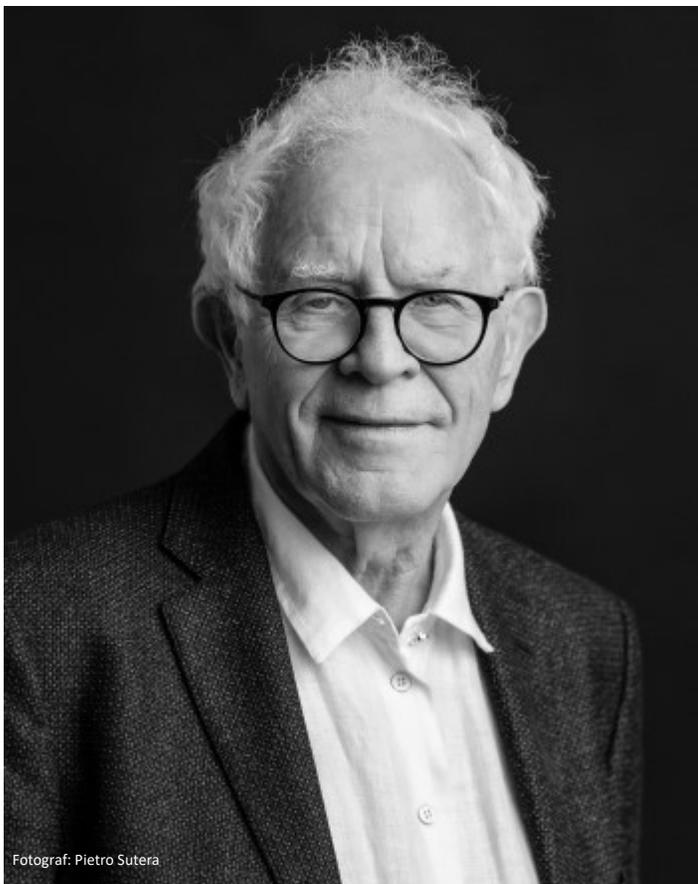


Mit großem Bedauern mussten die Verantwortlichen der FCG vida zur Kenntnis nehmen, dass Kollegin Selina Schovanez vom FCG vida Büro abgezogen wurde. Selina leitete mit großer Umsicht das Büro zum Wohle der Funktionär:innen und Mitglieder. Danke dafür! Wir wünschen im neuen Arbeitsbereich alles Gute, werden aber Selina sehr vermissen...

Christliche Soziallehre: Der deregulierte Mensch

„Sich persönlich fit zu machen, wird nicht mehr heißen, ein starkes Ich zu entwickeln, sondern in virtuellen Beziehungen zu leben und multiple Identitäten zu pflegen“, schreibt **David Boss-hart**, CEO des Gottlieb-Duttweiler-Instituts, des ältesten Think-Tanks der Schweiz. Der Trendforscher beschreibt den „deregulierten Menschen“ der Zukunft weiter: „Ich setze nicht mehr auf den persönlichen ‚Kern‘ und suche ihn, sondern ich trainiere mir die Fähigkeit an, mich nicht mehr definitiv auf etwas festzulegen. Damit bleibe ich fit für neue Wege.“

In seinem Buch „Die 10 Gebote des 21. Jahrhunderts“ nimmt der deutsche Theologe und Soziologe **Reimer Gronemeyer** dieses Bild auf und führt es weiter:



Fotograf: Pietro Sutera

Erfolgreich werden künftig Menschen sein, die ohne feste Ordnung auskommen, Leute, die im Chaos aufblühen. Die Sieger von morgen sind beschleunigungsfähig, ihre höchste Tugend ist ihre Orientierungslosigkeit, sie leiden nicht unter Fragmentierung. Deregulierung ist ihr Lusterlebnis. Während die Gründergenerationen des industriellen Wohlstands auf Bodenständigkeit, Prinzipientreue, Disziplin, Geradlinigkeit und Sparsamkeit bauten, werden diese alten Tugenden heute zum Erfolgshindernis.

Manager mussten bisher ordentliche Familienverhältnisse, anständige Anzüge, abgezahlte Immobilien und geputzte Autos vorweisen, wenn sie sich durchsetzen wollten. Künftig wird dieser altbackene Typ zum ökonomischen Sicherheitsrisiko. Wer abends brav mit den Nachbarn grillt, seinen Rasen kurz hält und sich mit einer Ehe begnügt, demonstriert eine Haltung, die auf einen immobilen Charakter schließen lässt, dem man die nötige Flexibilität und Beschleunigungsfähigkeit nicht zutrauen kann. Jenes feste ICH, der prinzipienstrenge Mann und die anlehungsbedürftige Frau, das sich auf den gelegten Schienen, die aus Familie und Arbeitsleben geformt waren, fortbewegte, fährt heute auf ein Abstellgleis. Der moderne Mensch ist nicht ein Behälter, in den stabile Tugenden eingelagert werden, sondern eher ein Knotenpunkt, durch den Erwartungen, Informationen, Entscheidungsanforderungen hindurchjagen, die zu organisieren und zu koordinieren sind. Wer auf Identität im klassischen Sinn beharrt, muss aussteigen.

Wenn die Christliche Soziallehre das „Menschsein als Leben in Beziehung“ beschreibt, dann stellt sich mit dem Trend zum „deregulierten Menschen“ natürlich die Frage, wie Ehe und Familie in Zukunft gelingen kann.

„Der tiefen Sehnsucht nach gelingenden Beziehungen steht die Angst gegenüber, dass Bindungen einengen, die Freiheit einschränken könnten. Als Reaktion darauf versuchen Menschen, sich möglichst unabhängig zu machen. Individuelle Unabhängigkeiten und Eigeninteressen werden zu gesellschaftlichen Leitwerten, hinter denen die Würde der anderen und die Bedeutung zwischenmenschlicher Beziehungen und des sozialen Zusammenhalts zurücktreten. Dabei wird vielfach nicht wahrgenommen, wie sehr Menschen dadurch in Isolation geraten und menschlich verarmen.“

Ökumenisches Sozialwort, 73

aus: Christliche Soziallehre (nach dem Cardijn-Dreischritt: sehen-urteilen-handeln), Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes, April 2010

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Verlag:
Verband Christlicher Arbeitnehmer in Verkehr, Touristik und Persönliche Dienste
Hersteller: FCG vida / Alle: 1020 Wien, Redaktion: Friedrich Pölli ZVR 605463055
Offenlegung der Besitzverhältnisse gemäß Mediengesetz § 25(2)
FCG vida-Bundesvorstand: Gerlinde Altfreiter, Wiltrud Deutschmann, Karl-Heinz Eigentler, Thomas Faulhuber, Martin Frasel, Andreas Gollner, Christian Gruber, Matthias Heckmann, Linda Lindinger, Robert Lindner-Zettl, Friedrich Pölli, Walter Semlitsch, Manfred Strasser, Thomas Svejda.
Blattlinie nach § 25(4): Vertretung der Interessen der österreichischen Arbeitnehmer:innen entsprechend den Grundsätzen und Zielen des FCG-Grundsatzprogramms.